



Marc Henrichmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Mitglieder der CDU
im Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II

Berliner Büro

**Unter den Linden 71
Raum 337**

Telefon 030 227 – 79385

Fax 030 227 – 70385

E-Mail: marc.henrichmann@bundestag.de

07. Juni 2019

Migrationspaket: Acht Gesetze rund um Asyl und Fachkräftezuwanderung

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

keine Frage, wir leben in unruhigen Zeiten. In den Zeitungen füllen die Kommentatoren Spalten mit den Personalfragen der SPD. Gleichzeitig hat die Große Koalition in dieser Woche ein Asylpaket verabschiedet, das viele als die größte Asylrechtsnovelle seit 1992 bezeichnet. Nicht weniger als acht Gesetze zu den Themen Asyl und Fachkräftezuwanderung haben wir im Parlament beraten und verabschiedet. Das zeigt: Die Große Koalition kann „Sacharbeit“, sie ist handlungsfähig.

Mit dem Migrationspakt kommen wir unserem Anspruch, die Migration zu ordnen und zu steuern, wieder einen großen Schritt näher. Dass das Migrationspaket öffentlich nicht so wahrgenommen wird, wie es die Gesetze verdient hätten, liegt an den Personalquerelen in der SPD. Solche Debatten erzeugen mehr Aufmerksamkeit als solide Sacharbeit. Ich hoffe deshalb sehr, dass die Sozialdemokraten ihren Führungsstreit schnell beilegen, damit die Große Koalition nicht noch größeren Schaden nimmt. Drehen sich die öffentlichen Diskussionen wieder um Sachthemen und unsere Lösungen auf die drängenden Fragen, dann gewinnen wir auch wieder an Zustimmung. Die Union steht dazu bereit.



Zum großen Migrationspaket:

Das deutsche Asylsystem krankt daran, dass die Rechtspflicht, Deutschland zu verlassen, von einer hohen Zahl vollziehbar Ausreisepflichtiger nicht befolgt wird. Wesentlicher Teil der Migrationspolitik der CDU in den letzten Monaten und Jahren ist daher die Rückkehr derer durchzusetzen, die unter keinem rechtlichen Gesichtspunkt ein Bleiberecht haben. Das Ausweisungsgesetz wurde nun vom Deutschen Bundestag überarbeitet: Personen, die wegen Sozialleistungsbetrugs oder Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr rechtskräftig verurteilt worden sind, können leichter ausgewiesen werden. Dieser Schritt war längst überfällig.

Zukünftig erhalten vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer, die ihre Abschiebung selbst verhindern, den mit Sanktionen verbundenen Zusatz „Duldung für Personen mit ungeklärter Identität“. Das gilt zum Beispiel, wenn der Betreffende das Abschiebehindernis selbst herbeiführt, weil er über seine Identität oder Staatsangehörigkeit täuscht. Oder er erfüllt nicht die Pflicht, einen Pass zu beschaffen, obwohl dies zumutbar wäre. Diese Gesetzesänderungen wirken sehr technisch. In der Praxis erleichtern sie es deutlich, Rückführungen zu vollziehen.

Migration und Integration gehen in Hand in Hand. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ist Deutschland auf Zuwanderung angewiesen. Die Zukunft unseres Wirtschaftsstandorts hängt in entscheidendem Maße davon ab, wie gut es uns gelingt, die Fachkräftebasis unserer Betriebe zu sichern. Viele Unternehmer aus dem Wahlkreis haben sich in den vergangenen Wochen und Monaten an mich gewandt, da sie händeringend neues Personal suchen. Gefunden haben sie dieses oft im Ausland, außerhalb der EU.

Die Zahl der offenen Stellen liegt bei rund 1,2 Millionen. Die Fachkräfteeinwanderung ist dabei nur ein Mosaikstein unserer Strategie, den Fachkräftemangel zu begrenzen. Selbstverständlich setzen wir zuvorderst auf das inländische Arbeitskräftepotenzial und die europäische Arbeitnehmerfreizügigkeit. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz schafft innerhalb des bestehenden migrationspolitischen Ordnungsrahmens die



Voraussetzung dafür, dass die benötigten Fachkräfte nach Deutschland kommen können. Es regelt klar und transparent, wer zu Arbeits- und zu Ausbildungszwecken kommen darf und wer nicht.

Insgesamt hat sich die Koalition auf die Änderung von acht Gesetzen im Bereich der Migration und der Arbeitsmarktförderung geeinigt – [die wesentlichen Punkte finden Sie auch an dieser Stelle](#). Das unterstreicht, dass die Koalition trotz aller Querelen bei der SPD arbeitsfähig ist.

Union steht für eine ambitionierte Klimapolitik und zukunftsfähige Arbeitsplätze

Selbstverständlich haben wir uns als CDU/CSU in dieser Woche intensiv mit dem Thema Klimaschutz auseinandergesetzt. [Meine Kollegen der Arbeitsgruppe Umwelt haben dazu ein Positionspapier angefertigt](#). Es wird deutlich, dass wir als Union gleichermaßen für eine ambitionierte Klimapolitik für die Bürger und für zukunftsfähige Arbeitsplätze stehen. Wir bekennen uns zu den Klimazielen, und das ohne Abstriche. In den vergangenen Jahren hat Deutschland viel erreicht. In der Öffentlichkeit kommen diese Erfolge zu kurz. In vielen Bereichen sind wir Technologieführer und wir können zeigen, dass die soziale Marktwirtschaft die Kräfte mobilisiert, die gleichzeitig die Umwelt und die Wirtschaft schützen.

Bevor ich mich mit lieben Grüßen aus Berlin verabschiede, wünsche ich Ihnen und Ihrer Familie ein schönes Pfingstfest.

Viele Grüße